

Statement

Daniel Gimpel

DGB-Ausbildungsexperte

Pressekonferenz zur Veröffentlichung des Ausbildungsreport 2018

am 03.09.2018 in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!



Sehr geehrte Damen und Herren,

zum dreizehnten Mal infolge hat die DGB-Jugend bei den Auszubildenden nachgehakt, wie es um die Ausbildungsqualität in den Betrieben und Dienststellen steht.

Dazu wurden 14.959 Auszubildende aus den 25 [im Jahr 2016] am häufigsten gewählten Ausbildungsberufen befragt (laut Bundesinstitut für Berufsbildung). Bevor ich auf das diesjährige Schwerpunktthema Arbeitszeit in der Ausbildung näher eingehe, möchte ich Ihnen zunächst die wichtigsten Ergebnisse des Ausbildungsreports vorstellen.

Der Ausbildungsreport deckt auch dieses Mal gravierende Probleme bei der Ausbildungsqualität auf.

Besonders auffällig ist, dass die Bewertung der Ausbildungsqualität stark von der jeweiligen Branche, aber auch von der Größe des Ausbildungsbetriebs abhängt. Die Spitzenränge in der Bewertung unter den Ausbildungsberufen besetzen in diesem Jahr die Verwaltungsfachangestellten, die MechatronikerInnen, die IndustriemechanikerInnen, die ElektronikerInnen für Betriebstechnik und die ZerspanungsmechanikerInnen.

Am unteren Ende der Bewertung finden wir, wie in den letzten Jahren, Hotelfachleute, Zahnmedizinische Fachangestellte sowie Auszubildende im Einzelhandel. Dazu kommen Berufe aus dem Handwerk, hier sind insbesondere die TischlerInnen und die FachverkäuferInnen im Lebensmittelhandwerk zu nennen. Erfreulich ist, dass die Köche und Köchinnen in diesem Jahr ihre Ausbildung besser bewertet haben als in den vergangenen Jahren und der Beruf sich nun im mittleren Bewertungsbereich wiederfindet.

Der Blick auf die Daten 2018 zeigt jedoch insgesamt: die Zufriedenheit der Auszubildenden mit ihrer Ausbildung sinkt. Auch wenn in diesem Jahr noch 70,2 Prozent der Auszubildenden mit ihrer Ausbildung sehr zufrieden oder zufrieden sind, ist dies der niedrigste Wert der jemals im Ausbildungsreport erreicht wurde (2010: 72,4%). Ein Trend den es zu stoppen gilt.

Danach sieht es aber aktuell nicht aus.

Ein Drittel (33,3%) der befragten Auszubildenden kann seine betrieblichen Lerninhalte nicht überprüfen. Ihnen wurde vom Ausbildungsbetrieb nämlich kein Ausbildungsplan vorgelegt, obwohl das gesetzlich vorgeschrieben ist. Der Ausbildungsplan regelt die sachliche und zeitliche Gliederung der Ausbildung. Dazu kommt, dass immer mehr Auszubildende angeben, dass sie immer oder häufig ausbildungsfremde Tätigkeiten erledigen müssen (2010: 10,5% 2018: 11,9%). Spätestens bei den Zwischen- und Abschlussprüfungen rächt sich eine solche betriebliche Praxis. Denn es kann zu enormen Schwierigkeiten führen, wenn den Auszubildenden wichtige Lerninhalte fehlen. Wenn eine angehende Veranstaltungskauffrau, die ihre Ausbildung in einem Hotel macht, berichtet, dass sie wenige Monate vor ihrer Abschlussprüfung immer noch Gläser stapeln und die Minibar auffüllen muss, dann läuft gehörig was schief.

Neben der fachlichen Qualität der Ausbildung spielt die Vergütung eine erhebliche Rolle in der Bewertung des Ausbildungsplatzes. Auszubildende brauchen eine Ausbildungsvergütung von der sie leben können. Der Ausbildungsreport zeigt, dass die tatsächliche Vergütung der Auszubildenden noch weit davon entfernt ist.

Gerade einmal 766 Euro verdienen Auszubildende durchschnittlich. Das sind 110 Euro weniger als der tarifvertragliche Durchschnitt. Und das ist nur die Spitze des Eisbergs. Es gibt eine Vielzahl von Ausbildungsberufen, in denen die Bezahlung deutlich schlechter ist. Angehende Tischler_innen etwa erhalten im ersten Ausbildungsjahr zurzeit gerade einmal 573 Euro. Bei Frisuren/Friseurinnen sind es 406 Euro. Gerade für solche Ausbildungsberufe ist die Mindestausbildungsvergütung wichtig.

Nun zum Themenschwerpunkt des Ausbildungsreports: „Arbeitszeit in der Ausbildung“

Ein Thema dass die Menschen umtreibt, wenn sie an gute Arbeit denken, ist das Thema Arbeitszeit. So ist es auch bei den Auszubildenden. Das Thema Arbeitszeit in der Ausbildung spielt eine entscheidende Rolle unter den Auszubildenden, wenn sie ihre Ausbildung bewerten. Die Ergebnisse sind alarmierend: Wir mussten feststellen, dass ein großer Teil der jungen Menschen bereits in ihrer Ausbildung von Flexibilisierungsdruck, Überstunden, ständiger Erreichbarkeit und regelmäßiger Schichtarbeit betroffen ist.

Über ein Drittel (36,3 Prozent) der Befragten musste regelmäßig Überstunden machen. Diese Auszubildenden arbeiten im Schnitt 4,1 Stunden pro Woche mehr. Von diesen Auszubildenden bekommen 13 Prozent für ihre Überstunden weder einen Freizeitausgleich noch werden sie bezahlt, obwohl das gesetzlich vorgeschrieben ist.

Genau 10 Prozent der Auszubildenden unter 18 Jahre, also Minderjährige, müssen in der Woche mehr als 40 Stunden arbeiten, obwohl das nach Jugendarbeitsschutzgesetz verboten ist.

Auch Schichtarbeit spielt eine Rolle. Ein Viertel der befragten Auszubildenden arbeitet in Schichten. Besonders betroffen von Schichtarbeit sind diejenigen Berufe, die im Ausbildungsreport generell eher schlechter bewertet werden: Hotelfachleute (79,1%), FachverkäuferInnen im Lebensmittelhandwerk (76,7%), VerkäuferInnen (69,8%), Kaufleute im Einzelhandel (54,8%).

Besonders fällt auf, dass bei der Hälfte (50,3%) der in Schichten tätigen Auszubildenden die gesetzlich vorgeschriebene Ruhezeit von 11 Stunden nicht eingehalten wird. So müssen Auszubildende in Schichtarbeit häufiger über 5 Tage in der Woche arbeiten als ihre Kolleg_innen ohne Schichtarbeit.

Nicht nur Schichtarbeit und Überstunden schränken die Freizeit der Auszubildenden ein, es wird auch oft von ihnen erwartet, außerhalb der Ausbildungszeiten mobil erreichbar zu sein. Bei über der Hälfte aller Befragten (54,4%) ist dies der Fall. Da braucht man sich nicht wundern, wenn jeder/jede vierte Befragte (25,8%) Probleme hat, sich in der Freizeit zu erholen. Dieser hohen Werte gibt es seit einigen Jahren. Dass solche Tendenzen mittlerweile zur alltäglichen Erfahrung von Auszubildenden gehört, ist ein alarmierendes Signal.

Der Ausbildungsreport zeigt in diesem Jahr erneut, dass die Berichte junger Menschen über starke Belastung und schlechte Zustände in ihrer Ausbildung keine Einzelfälle sind. Als Gewerkschaftsjugend kennen wir aber auch die Geschichten und die Menschen hinter den Zahlen: Auszubildende, die kein zusammenhängendes freies Wochenende mehr haben oder deren Arbeitswoche 56 Stunden hat. Hier muss sich etwas tun!

Stress und Überbelastung sind keine guten Voraussetzungen für Lernerfolge und auf Dauer gesundheitsschädlich. Die jungen Menschen, die gerade erst am Beginn ihres Berufslebens stehen, müssen besser geschützt werden. Am besten auf gesetzlicher Basis. Das zentrale Gesetz dafür ist das Berufsbildungsgesetz. Darin ist die gesamte duale Berufsausbildung geregelt. Dieses Gesetz muss reformiert werden.

Konkret fordern wir:

- Die Berufsschulzeit muss für alle Auszubildenden inklusive der Wege- und Pausenzeiten vollständig auf die betriebliche Arbeitszeit angerechnet werden. Das heißt: Die zum Teil gängige Praxis der Rückkehrpflicht von Auszubildenden in den Betrieb nach dem Berufsschulunterricht muss abgeschafft werden.
- Notwendig ist eine Ankündigungspflicht bei Nichtübernahme nach der Ausbildung. Auszubildende brauchen Planungssicherheit und eine Perspektive nach der Ausbildung. Die Arbeitgeber sind aufgefordert, ausgebildete Fachkräfte unbefristet weiterzubeschäftigen. Für den Fall, dass der Ausbildungsbetrieb den oder die Auszubildende nicht übernimmt, fordern wir eine gesetzliche Pflicht dafür, dies drei Monate vor Ausbildungsende mitzuteilen.
- Wir setzen uns für eine bezahlte Freistellung des letzten Arbeitstags vor allen Prüfungen ein. Auszubildenden müssen sich ausreichend für Zwischen- und/oder Abschlussprüfungen vorbereiten können. Sonst gefährdet das den Prüfungserfolg. Gerade für Auszubildende, die überwiegend im Schichtsystem ausgebildet werden, wie etwa im Hotel- und Gaststättenbereich, ist der Einsatz bis zum letzten Tag vor der Prüfung eine erhebliche Belastung.
- Alle Kosten, die im Zusammenhang mit der Ausbildung entstehen, müssen vom Ausbildungsbetrieb übernommen werden. Unsere Erfahrungen zeigen, dass das nicht überall der Fall ist. Ausbildung darf nicht eine Frage des Geldbeutels sein. Hier geht es um Chancengerechtigkeit. Dafür braucht es eine Konkretisierung im Berufsbildungsgesetz.